

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbefreiung. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 11. November 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufo. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 131.

## Zeit- und Streitfragen des Bürgerlichen Rechts.

### Unerlaubte Handlungen.

Das Bürgerliche Gesetzbuch stellt für die Haftung aus unerlaubten Handlungen allgemeine Voraussetzungen auf, für die zunächst der § 823 in Betracht kommt. Derselbe lautet: „Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Er satze des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Die gleiche Verpflichtung trifft denjenigen, welcher gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Ist nach dem Inhalte des Gesetzes ein Verstoß gegen dieses auch ohne Verschulden möglich, so tritt die Ersatzpflicht nur im Falle des Verschuldens ein.“ Der Ausdruck „unerlaubte Handlung“ ist nun im weiteren Sinne zu verstehen. Zuwiderhandlung gegen eine Polizeiverordnung fällt auch hierunter. Die Voraussetzung der Schadenersatzpflicht ist außer der Vorsätzlichkeit oder Fahrlässigkeit die widerrechtliche Verletzung des Eigentums oder eines sonstigen Rechts. Greifen wir nun einige Fälle des täglichen Lebens heraus, bei denen die Haftung einzutreten hat.

Ein Radfahrer handelt grob fahrlässig, wenn er eine verkehrskreie, im Gefälle liegende Straße herabfährt, ohne das Rad so in seiner Gewalt zu haben wie auf ebener Straße, und wenn er dabei eine Fahrgeschwindigkeit einschlägt, die es ihm unmöglich macht, sofort abzuhalten. Der Radfahrer hat nicht bloß zu klingeln und es den Fußgängern zu überlassen, ihm auszuweichen, sondern er muß selbst das Möglichste tun, um einen Anstoß durch genügendes Ausweichen zu vermeiden oder doch durch Minderung der Fahrgeschwindigkeit in seiner Gefährlichkeit tunlichst zu verringern. Der Motorfahrer hat sich besonderer Maßregeln zu bedienen, wenn er vor ihm gehender Mensch wiederholt die Hupe nicht gehört hat. Wer sein Grundstück zum öffentlichen Verkehr bestimmt und einrichtet, ist verpflichtet, das in einer Weise zu tun, wie es den Anforderungen der Verkehrssicherheit entspricht. Es liegt ihm auch weiterhin eine Fürsorgepflicht in dieser Richtung ob. Wer also einen Weg dem Publikum zum freien Gemeingebrauch gestellt hat und hierzu unterhält, hat für den Schaden aufzukommen, der durch mangelhafte Instandhaltung oder Nichtbeseitigung von Verkehrshindernissen verursacht wird. Danach hat ein Gastwirt die Pflicht, die Zugänge zum Restaurant in verkehrsfähigerem Zustande zu halten, ohne Unterschied, ob er die Lokalitäten in Eigentum oder Pacht hat. Das Reichsgericht hat bereits in einer Entscheidung die Haftung des formellen Inhabers einer Schankwirtschaft für Unfälle der Gäste (neben dem Hauseigentümer) ausgesprochen. Der Hauseigentümer muß den Kellereingang für die sein Haus resp. den Hausflur betretenden Fremden erkennbar machen. Bei Eintretender Dunkelheit hat er für Beleuchtung der Treppen zu sorgen.

Was nun im Winter das Streuen bei Schnee und Glätte anbetrifft, so ist für die Betätigung der Streupflicht auch hinsichtlich der Zeit das Maß des Verkehrs erforderlich. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts läßt sich eine allgemeine Regel über die Art und das Maß der Fürsorgepflicht, so hinsichtlich der Pflicht, öffentliche Wege und Plätze zu beleuchten, bei Glätte und Schneeglätte usw. zu bestreuen, nicht aufstellen. Vielmehr bestimmt sich dies beim Mangel einer bestehenden Spezialvorschrift nach den Verhältnissen des Einzelfalles und nach dem Maßstabe der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt. Dabei kann es auf die Art und den Umfang des an dem betreffenden Orte bestimmungsgemäß stattfindenden Verkehrs, auf die sonstigen örtlichen Verhältnisse, auf die Tagelicht und Wirksamkeit von Sicherungsmaßnahmen ankommen. Über die Streupflicht bestehen in den meisten Orten, namentlich in den Städten, polizeiliche Bestimmungen. Sofern hiernach dem Hauswirts die Verpflichtung zum Streuen auferlegt ist, suchen dieselben sich durch Abschluß von Haftpflichtversicherungen zu decken. Sollte nun jemand bei Winterglätte hinfallen und den Hauswirt würde ein Verschulden treffen, dann notiere man sich sofort Tag und Stunde des Unfalls sowie den Namen der Zeugen auf. Auch wolle man ungekündet den Hauswirt benachrichtigen und ihm anfeuern, daß er haftbar gemacht wird.

Außer der Verletzung des Lebens und der Gesundheit kann nach dem § 823 eine Verletzung der Freiheit in Betracht kommen. Eine solche liegt zunächst vor, wenn jemand widerrechtlich eingesperrt oder auf andre Weise des Gebrauchs der persönlichen Freiheit beraubt wird. Auch die fahrlässige Freiheitsentziehung kann eine Ersatzpflicht begründen. Die Verletzung der Ehre fällt insofern unter diesen Paragraphen, als in ihrer Verletzung die Verletzung eines den Schutz eines anderen bezweckenden Gesetzes liegt. Dies ist der Fall, soweit die Verletzung der Ehre gegen die strafrechtlichen Bestimmungen über Verleumdung und Verleumdung verstößt. Eine Verletzung des Eigentums liegt vor, wenn der Eigentümer in seinem Rechte beeinträchtigt wird, insbesondere die den Gegenstand des Eigentums bildende Sache zerstört oder beschädigt, oder wenn sie dem Eigentümer dauernd oder zeitweilig entzogen wird. Als „sonstiges Recht“ ist jedes durch Reichsrecht oder Landesrecht anerkannte Privatrecht anzusehen.

Bei den Schutzgesetzen im Sinne des § 823 wird es sich meistens um Strafgesetze handeln. Doch kommen auch solche Gebote und Verbote in Betracht, welche nicht direkt unter Strafe gestellt sind. Zur erwähnen sind hier u. a. die Bestimmungen der Gewerbeordnung §§ 120a bis 120c, welche den Arbeitgebern im Interesse der von ihnen beschäftigten Arbeiter gewisse Pflichten auferlegen. Auch hier muß eine widerrechtliche Handlung des Täters in Betracht kommen.

Der § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuchs behandelt die Ladefahrer. Wer der Wahrheit zuwider eine Tatsache behauptet oder verbreitet, die geeignet ist, den Kredit eines anderen zu gefährden oder sonstige Nachteile für dessen Erwerb oder Fortkommen herbeizuführen, hat dem anderen den daraus entstehenden Schaden auch dann zu ersetzen, wenn er die Unwahrheit zwar nicht kennt, aber kennen muß. Die Tatsache ist behauptet, wenn sie einem anderen gegenüber als Gegenstand eignen Wissens hingestellt wird; sie ist verbreitet, wenn sie einem größeren Personenkreise zugänglich gemacht ist. Die Tatsache muß geeignet sein, den Kredit eines anderen zu gefährden oder sonstige Nachteile für dessen Erwerb oder Fortkommen herbeizuführen.

Nach dem § 825 ist die weibliche Geschlechtslehre entsprechend geschützt. Wer nämlich eine Frauensperson durch unlautere Mittel zur Gestattung des außerehelichen Beischlusses bestimmt, ist ihr zum Er satze des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

Von besonderer Wichtigkeit ist der § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Derselbe lautet: „Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen Schaden zufügt, ist dem anderen zum Er satze des Schadens verpflichtet.“ Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts soll dieser Paragraph auch eine Handhabe bieten, um Ausschreitungen und Auswüchse des gewerblichen Wett- und Lohnkampfes entgegenzutreten, wo sonst hierzu die straf- und zivilrechtlichen Vorschriften über unerlaubte Handlungen nicht ausreichen würden. Aus den bisher gefällten Entscheidungen ergibt sich, daß das, was bei den Arbeitern als verboten, bei den Arbeitgebern sehr häufig als erlaubt angesehen wird. Das Reichsgericht stellt sich auf den Standpunkt, daß Handlungen, die im gewerblichen Lohnkampfe dem Gegner durch Druckmittel zu einem gewissen, dem Handelnden günstigen Verhalten bestimmen sollen, nur dann unstatlich sind, wenn entweder die zur Erreichung des zunächst erlaubten Zwecks angewandten Mittel an sich unstatlich sind, oder wenn der als Druckmittel benutzte, dem Gegner zugefügte Nachteil so erheblich ist, daß dadurch dessen wirtschaftlicher Ruin herbeigeführt wird, oder wenn dieser Nachteil wenigstens zu dem erstrebten Vorteil in keinem erträglichen Verhältnis steht; endlich auch, wenn der Erfolg, der durch das Druckmittel herbeigeführt werden soll, ein berechtigtes Ziel nicht mehr ist. Nach einer weiteren Entscheidung können Geschäftssperre und Boykott unter Umständen in das Gebiet des § 826 fallen, insbesondere wenn damit eine Verursachung verknüpft ist. Das Aufstellen einer sogenannten schwarzen Liste enthält letztere Bestimmung nicht immer.

Eine sehr dehnbare Entscheidung des Reichsgerichts geht davon aus, daß wenn durch die Arbeitsperre dem Arbeiter die Gewinnung von Arbeitsgelegenheit in weitgehender Weise beschränkt oder erschwert wird, so sei es ein zwingendes Gebot der Gerechtigkeit und Billigkeit, die dieser Maßregel erst dann zu schreiben, wenn es sich

um sehr schwere und sorgfältig ermittelte Verfehlungen im Arbeitsverhältnisse handelt. Als nicht unstatlich wird es angesehen, wenn bei einem Ausstande der Arbeitgeber an seine Berufsgenossen die Bitte richtet, die ihnen namhaft gemachten ausständigen Arbeiter nicht einzustellen. Auch verstößt es nach Ansicht des Reichsgerichts nicht gegen die guten Sitten, wenn ein Arbeitgeber bei ihm beschäftigte Arbeiter entläßt, um dadurch auf die Beendigung des bei einem andern Arbeitgeber ausgebrochenen Ausstandes hinzuwirken.

Der § 827 des Bürgerlichen Gesetzbuchs handelt dann von dem Ausschlusse der Haftung bei Personen, die sich bei Vornahme der Handlung in einem unzurechnungsfähigen Zustande befunden haben; der § 828 von dem Ausschlusse der Haftung bei Personen, welche wegen jugendlichen Alters oder als Taubstumme nicht die zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht gehabt haben. Ergänzend tritt im § 829 eine Bestimmung hinzu, wonach solche Personen, die nach Maßgabe der §§ 827 und 828 von der Verantwortlichkeit frei sind, trotzdem mit Rücksicht auf die Billigkeit in gewissen Grenzen zum Schadenersatz verpflichtet sein sollen. Der kraft Gesetzes zur Führung der Aufsicht über eine Person verpflichtet ist, die wegen Minderjährigkeit oder wegen ihres geistigen oder körperlichen Zustandes der Beaufsichtigung bedarf, ist zum Er satze des Schadens verpflichtet, den diese Person einem Dritten widerrechtlich zufügt. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn er seiner Aufsichtspflicht genügt, oder wenn der Schaden auch bei gehöriger Aufsichtsführung entstanden sein würde. Die gleiche Verantwortlichkeit trifft denjenigen, welcher die Führung der Aufsicht durch Vertrag übernimmt.

Zum Schluß soll nun noch auf den § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aufmerksam gemacht werden. Es ist dies der sogenannte Tierhalterparagraph, der bereits eine Mitberung im Reichstag erfahren hat. Derselbe lautet ursprünglich: „Wird durch ein Tier ein Mensch getötet oder der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist derjenige, welcher das Tier hält, verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.“ Im vorigen Jahre nahm dann der Reichstag noch folgenden zweiten Satz zu diesem Paragraphen an: „Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Berufe, der Erwerbsfähigkeit oder dem Unterhalte des Tierhalters zu dienen bestimmt ist, und entweder der Tierhalter bei der Beaufsichtigung des Tieres die im Verkehre erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.“

Weitere Paragraphen zu dieser Materie regeln dann noch die Haftpflicht im Falle des Einfurses eines Gebäudes, ferner die Haftpflicht der Beamten bei Verletzung der Amtspflichten usw. Diese Fälle können jedoch, weil die Kollegen damit fast gar nicht in Verbindung kommen, übergangen werden. Merkt soll jedoch noch werden, daß der Anspruch des aus einer unerlaubten Handlung entstandenen Schadens in drei Jahren verjährt. Der Anspruch aus einer unerlaubten Handlung ist auch vererblich und übertragbar. Sind für den aus einer unerlaubten Handlung entstandenen Schaden mehrere nebeneinander verantwortlich, so haften sie als Gesamtschuldner.

Halle a. S.

M. Gildenberg.

## Korrespondenzen.

**Athensleben.** (Berichtigung.) In dem Bericht über die letzte Bezirksversammlung in Nr. 128 des „Korr.“ ist dem Berichterstatter ein Irrtum dahingehend unterlaufen, daß der Passus: „Sinen usw.“ nicht mit den Tatsachen übereinstimmt. Es hat sich bei diesem Vorkommnisse nicht um eine Vergarbeiterversammlung gehandelt und ist deshalb und speziell aus dem Grunde, daß das ähnliche Vorkommnis vor dem jetzigen Vergarbeiterstreik im Mansfeldischen zurückliegt, nicht mit demselben in Verbindung zu bringen.

Gustav Nagel, Bezirksleiter.  
**Berlin.** (Versammlung des Vereins aller in Schriftgiehereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am 28. Oktober.) Auch diese Versammlung hatte sich wie die beiden letzten mit der allgemeinen Lage im Gewerbe zu beschäftigen. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich auf 26 erhöht. Das sind 10 Proz. der hiesigen Schriftgießer,





